

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa,
Gernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkontor: Dresden 1533.
Circulanz Riesa Nr. 22.

Nr. 172.

Mittwoch, 26. Juli 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 32.— Mark ohne Bringerlohn. Einzelnummer 1.75 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (8 Spalten) 5.— Mark; getraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachzahlungs- und Erklärungsfrist: 1. Juli. Letzte Karte. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag vorläufig durch Frage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erklärungsfrist: Riesa. Schwärzige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Der bayerische Ministerpräsident rechtfertigt die Sonderverordnung.

Im bayerischen Landtag gab Ministerpräsident Graf Seckendorff am Dienstag nachmittags außerhalb der Tagesordnung eine Erklärung der bayerischen Staatsregierung über ihre Sonderverordnung betreffend den Schutz der Republik ab.

Graf Seckendorff führte aus: Die unselbständige und unkluge Frevelthat an dem Innenminister Dr. Rathenau hat das Reich und das deutsche Volk in eine schwere Krise gestürzt. Im ganzen Reich hat es keinen vernünftigen und ehrlich Denkenden gegeben, der diese Tat nicht auf das tiefste verurteilt und nicht auf Mittel und Wege gesonnen hätte, um in Zukunft solche Verbrechen an Staat und Volk zu verhüten. Die bayerische Regierung war von Anfang an mit der Reichsregierung in der Beurteilung der Tat und in dem Bemühen, Abhilfe zu suchen, einig. Sie war namentlich von Anfang an bereit, dem Reich alles zu geben, was zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Staatsform notwendig ist, in der auch sie nach den gegenwärtigen Verhältnissen die allein mögliche sieht. Die bayerische Staatsregierung war sich jedoch jederzeit grundsätzlich darüber klar, daß mit bloßen Regressmaßnahmen allein das Ziel nicht zu erreichen sei, daß eine wirkliche Abhilfe vielmehr dem Uebel an die Wurzel gehen mußte, die unabweisbar in den unbedingenden wirtschaftlichen und innen- und außenpolitischen Verhältnissen des Reiches zu suchen ist.

Dies mußte zur Erkenntnis führen, daß nur eine mittlere Linie der Politik verständig und heilsam wirken konnte, eine mittlere Linie, die sachliche Erwägungen nicht parteipolitischen Rücksichten opferte. Leiber ist diese Linie in Berlin vom ersten Augenblick an nicht eingehalten worden. Ueber den Schutz der verfassungsmäßigen Staatsform und die Abwehr verbrecherischer Taten hinaus hielten einzelne Parteien die Gelegenheit für gekommen, um ihre parteipolitischen Ziele zu verwirklichen. Dies führte dazu, daß die von der Reichsregierung vorgeschlagenen Bestimmungen ebenso viel zu weit nach links ausschlugen, als gewisse besagte politische Erscheinungen zu weit nach rechts ausgefallen hatten. Die Maßnahmen erzielten einen den Grundgesetzen wahrer Demokratie widersprechenden Ausnahmecharakter. Sie nahmen die Richtung auf eine Klassenherrschaft an und auf einen über alle verfassungsmäßig gesicherten Selbstrechte der Länder rückwärts blickenden Einheitsstaat an. Die bayerische Regierung ersuchte alle verfassungsmäßigen Mittel, um die von der Reichsregierung vorgelegten Beschlüsse dieses ihres Charakters zu entkleiden und sie zu brauchbaren Werkzeugen im Kampf um die verfassungsmäßige Staatsform des Reiches zu machen. Sie ging dabei im Interesse des Reiches in ihren Augenblicken bis an die äußerste Grenze dessen, was mit ihrer Ueberzeugung sich noch vereinbaren ließ.

Sie verneint nicht, daß im Laufe der Verhandlungen die fraglichen Gesetze nicht unerhebliche Verbesserungen erfahren haben. In wesentlichen Punkten konnten aber dauerhafte Welle die von der bayerischen Regierung vertretenen Anträge nicht zur Annahme gebracht werden. So ist namentlich in dem Gesetz zum Schutz der Republik der Staatsgerichtshof mit der Befugnis von drei Berufs- und sechs Laienrichtern, die sämtlich vom Reichspräsidenten ernannt werden, geblieben. Die bayerische Regierung sieht darin noch vor ein durch nichts begründetes Mißtrauen gegen unsere ordentlichen Gerichte, einen durch die Interessen des Reiches nicht gebotenen Eingriff in die Justizhoheit der Länder, denen bisher nur einige wenige Tatbestände auf dem Gebiet des Hochverrats entzogen waren, ja die Gefahr einer Aufhebung der Unabhängigkeit der Richter und einer Politisierung der Rechtsprechung, die die Grundzüge jeder Staatsordnung zu erschüttern geeignet ist. Die bayerische Staatsregierung ist überzeugt, daß das Gesetz schon aus diesem Grunde sein Ziel verfehlen muß und daß es vielmehr Verunsicherung schaffen wird. Das Reichsbeamtengesetz berührt die bayerischen Landesbeamten zwar nicht unmittelbar, in der That aber, daß im Reich gerade auf einem politisch so wichtigen Gebiet verschiedene Beamtenrechte gelten, liegt ohne Zweifel eine Gefahr für die Landesbeamten, und eine Gefahr schlimmster Art birgt nach der Ueberzeugung der bayerischen Regierung dieses Reichsbeamtengesetzes, weil es Einkommensschwankungen mit allen ihren schlimmen Folgen für unser Beamtenumständen züchtet. Der Nutzen dieses Gesetzes wird deshalb in seinem Verhältnis zu dem Schaden stehen, der daraus dem Staat droht.

Der Entwurf zum Reichskriminalpolizeigesetz ist dem Reichsrat schon im Jahre 1920 vorgelegt worden. Er bildete einen Versuch zur Durchführung der Grundzüge, die der damalige Innenminister Koch in einer Denkschrift niedergelegt hatte, die praktisch auf die Ausschöpfung der Eigenstaatlichkeit der Länder hinausgingen. Wegen der Bedenken, die damals die Länderregierungen geltend machten, blieb der Entwurf liegen. Die durch den Rathenau-Mord geschaffene politische Lage hielten die unitaristischen Kreise in Reichsregierung und Reichsrat für geeignet, um nunmehr auch diese Frucht in ihre Schenke zu bringen. Die bayerische Regierung ist der Auffassung, daß mit diesem Gesetz die Art an die Volkshoheit der Länder gelegt wird. Wir verkennen nicht, daß es Fälle geben kann, wo ein strafferes Zusammenwirken der einzelstaatlichen Volksgewalten notwendig ist, als es gegenwärtig gewährleistet ist. Die bayerische Regierung ist die letzte, die in einem solchen Falle dem Reich verweigern wollte, was dem Reich gebührt. Sie war deswegen bereit, im Wege einer freiwilligen Vereinbarung der Länder untereinander die Lücke auszufüllen. Dieser Weg wurde von der Reichsregierung aber abgelehnt.

Die bayerische Regierung ist mit den Bedenken, die sie gegen die Gesetze überhaupt und gegen das Reichs-

kriminalpolizeigesetz im besondern geltend gemacht hat, leider nicht durchgekommen. Sie hat insbesondere bei den anderen Ländern nicht die notwendigen Unterstützung gefunden. Dabei hat die Vergiftung der Atmosphäre, wie sie durch allenthalben auch im Besprechungsprozeß aufgedeckte Mordenschaften geistlich erzeugt wurde, offenbar eine nicht unwesentliche Rolle gespielt. Wenn Leute, die das besondere Vertrauen maßgebender Persönlichkeiten genießen, monatelang ihre Informationen über Bayern von einem Mann beziehen, der, im französischen Solde stehend, es sich zur Aufgabe gemacht hat, zwischen Bayern und dem Reich die Wirtsaufreißung so kann es nicht ausbleiben, daß auch an den entscheidenden Stellen schließlich eine Stimmung entsteht, wie wir sie leider zu beklagen haben. Ich werde noch Gelegenheit nehmen, über diese Mordenschaften bei der Interpellationsbeantwortung eingehend zu sprechen.

Das bayerische Volk hat ein Anrecht darauf, von dieser Sorte Giftmischer befreit zu sein. Sie hätten genug Unheil auch da, wo man sie nicht wegen schwerer Takte lassen kann. Die beiden Angelegenheiten stehen an sich nicht im geringsten in einem Zusammenhang, ich bedauere aber das zeitliche Zusammenfallen, weil es geeignet ist, falsche Vorstellungen zu erwecken und dadurch die Spannung zu erhöhen, die auf das geringste Maß zurückzuführen, unser aller Aufgabe ist.

Die bayerische Regierung beklagt im Interesse des Reiches nicht weniger als im eigenen Landesinteresse die Gestaltung der Verhältnisse, wie sie schließlich geworden ist. Sie erblickt in den gegen ihren Widerspruch erfolgten Eingriffen in die Justiz- und Volkshoheit der Länder eine Vergewaltigung Bayerns, die mit dem Sinn und der Struktur der Reichsverfassung im Widerspruch steht. Sie beklagt dabei besonders auch, daß die bayerischen sozialistischen Mitglieder des Reichstags im Interesse ihrer parteipolitischen Ziele gegen ihr eigenes Vaterland eine Stellung eingenommen haben, die der objektiven Wahrheit und den wahren Interessen des Reiches ebenso widerspricht, wie der Auffassung der weit aus überwiegenden Mehrheit des bayerischen Volkes. Gegen diese Vergewaltigung Bayerns durch das Reich protestiert die bayerische Regierung auf das Entschiedenste. Sie betrachtet den Kampf gegen die Gesetze mit deren Annahme durch den Reichstag nicht für erledigt, sie hält diesen Kampf vielmehr für einen solchen um die Lebensinteressen des eigenen Staates, der durch Majoritätsbeschlüsse des Reichstags nicht entschieden werden kann.

Die Staatlichkeit der Länder ist in der Reichsverfassung anerkannt, wenn auch der Bundescharakter der früheren Verfassung verworfen ist. Das Reich schließt mit den Ländern Staatsverträge. Beispiele dafür sind die Verträge über den Übergang von Eisenbahn und Post an das Reich. Auch aus Artikel 19 der Reichsverordnung, der die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Reich und Ländern zum Gegenstand hat, ist aus einer selbständigen Rechtspersönlichkeit der Länder zu schließen. Nach dem Geiste der Verfassung kann nicht einfach durch Majoritätsbeschlüsse die Staatlichkeit der Länder aufgehoben werden. Das Gegenteil wäre eine rein formaljuristische Auffassung. Ebenso wenig kann zugestanden werden, daß das gleiche Ergebnis auf dem Wege einer langwierigen Ausschöpfung der Staatlichkeit durch Majorisierungen erfolgt. Diese Betrachtung des Staates, als eines lebendigen, geschichtlich sich entwickelnden Organismus, muß zu dieser Auffassung führen.

Diese Auffassung ist im bayerischen Volke fest begründet. Die Unruhe, ja die verzweifelte Stimmung, die sich in den letzten Wochen weiter Kreise unseres Volkes bemächtigt hat, ist auf die Besorgnis zurückzuführen, daß Stück um Stück der bayerischen Staatlichkeit verloren gehen und schließlich Bayern zu einer Provinz herabgedrückt werden möchte.

Die bayerische Regierung ist der Ueberzeugung, daß die trostlose Lage des Reiches der Reichsregierung hätte nahelegen müssen, die einseitige und gefahrvolle Zusammenfassung des ganzen deutschen Volkes sich zur Aufgabe zu machen und alles zu vermeiden, was Zwiespalt erzeugen muß.

Das Schicksal wird in Bayern energisch und loyal ausgeführt werden. In der Frage der Justizhoheit könne sich die bayerische Regierung aus Rücksichten der Staatsnotwendigkeit dem Mehrheitswillen nicht beugen. Versehen richtet an die bayerischen Wähler die Mahnung, keine pfälzische Sonderpolitik zu treiben. Solange der Grundlag in Bayern gelte: „Bayern dem Reich und für das Reich“ wäre eine solche Sonderpolitik ein vermessenes Spiel. Versehen führt fort: Wäre unbegründet sei die Besorgnis derer, die in den Maßnahmen der bayerischen Regierung eine Uebere von dem alten festgehaltenen Grundlag der Reichstreue erblicken wollen. Der Ministerpräsident spricht das Bedauern der Regierung über das Ausschleichen der Demokraten aus der Regierungskoalition aus und schließt, die Regierung könne den beschrittenen Weg nur dann verlassen, wenn sie die Mehrheit der bayerischen Volksvertreter hinter sich habe.

Die Bayerische Volkspartei beantragte darauf ein Vertrauensvotum. Abg. Feld (Bayr. Volkspartei) wendet sich gegen eine Beeinträchtigung der Selbstrechte Bayerns und meint, bei ruhiger Ueberlegung werde man auch in Berlin einen Weg finden, der den Einzelstaaten ihr Recht lasse und dem Reich gebe, was das Reich sei. Der Reichssozialist Timm erklärte sich entschieden gegen das Vorgehen der Regierung, ebenso wie der Unabhängige Nitsch und der Demokrat Dürr, desgleichen der Kommunist Kuback, Abg. Ollbert (Bayr. Mittelpartei) und Stübels (Bayr. Bauernbund) traten für die Regierung ein, dagegen erklärte Burgberg für sich und seine pfälzischen Kollegen innerhalb der Deutschen Volkspartei, daß sie den Schritt der Regierung nicht billigen.

In der Abstimmung wurde der Vertrauensantrag mit den Stimmen der Bayr. Volkspartei, der Bayr. Bauernbundes und der Bayr. Mittelpartei angenommen.

Berliner Pressestimmen zur Rede Seckendorffs.

Zu der gestrigen Rede des Grafen Seckendorff im bayerischen Landtag schreibt das „Tageblatt“: Alle Ausführungen Seckendorffs konnten den engherzigen parteipolitischen Standpunkt, von dem der Kampf Bayerns seit Jahr und Tag gegen das Reich ausgeht, nicht verhallen. Was heute Bayern, könnte morgen Lippe oder Anhalt für sich in Anspruch nehmen. Das muß letzten Endes die Einheit des Reiches praktisch negieren. Das Reich hat also die Verpflichtung, beratigen Vertrauens einzelner Länder mit allen aus der Reichsverfassung entspringenden Mitteln entgegenzutreten.

In dem Organ der Deutschen Volkspartei, der „Zeit“, veröffentlicht der Führer der Partei Dr. Stresemann Dienstag abend einen Artikel unter der Ueberschrift Berlin, der sich mit den Vorwürfen gegen die Reichshauptstadt eingehend auseinandersetzt. Es heißt darin: Wäre alle Staatsklugheit im Süden geboren und der Unmuth in Preußen und Berlin, dann müßte das staatsklug geleitete Reich längst einem großen Aufschwung entgegengekehrt sein. In Wirklichkeit sind es seit dem verlorenen Krieg die Dinge von außen, die auf uns wirken und die weder der gute Wille eines Niedersachsens, eines Süddeutschen, noch eines Berliners zu meistern vermag. Man spricht im Süden viel von holländischen Norden, von der Unfähigkeit der Regierung, der Massen Herr zu werden, und verweist demgegenüber auf die Ruhe im Süden. Dabei vergißt man, wie sehr viel schwerer es ist, in einem Lande starker Industriefähigkeit und großstädtischer Bevölkerung die Ordnung in einer Zeit zu bewahren, in der Ententegebote und selbst auf diesem Gebiete diejenige Entlastung nicht lassen, die notwendig wäre. Man hat anknüpfend im Süden zu schnell vergessen, wie sehr man dort einst in den Großstädten mit der kommunikativen Gefahr zu rechnen hatte. Die widerlichen Ausschreitungen, die sich im Anschluß an die Demonstrationen bei Rathenau's Tod ereigneten, nahmen in früheren Hoffstädten und Universitätsstädten des Südens wilderen Charakter an, als bei den Hunderttausenden, die sich in der Reichshauptstadt zusammenfanden. Niemand verkennt das trübe Bild, das die Reichshauptstadt heute vielfach bietet. Alle diese häßlichen Flecken sind aber schließlich nur Ausstrahlungen der ganzen Zeit, in der wir leben. Es ist ungerecht, für diese Wirkungen, die die Hauptstadt auf sich zu nehmen hat, sie selbst oder ihre Bewohner verantwortlich zu machen und es ist eine Ungehörigkeit im politischen Kampfe, die Leidenschaften aufzukühen, indem man gegen Berlin zum Kampfe aufruft.

Die Haltung der Reichsregierung.

Die Weigerung der bayerischen Regierung, das Reichsgesetz zum Schutze der Republik durchzuführen, und die Verordnung der bayerischen Regierung haben eine ernste politische Lage geschaffen, mit der sich die Reichsregierung in mehreren Sitzungen befaßt hat. Es ist verständlich, daß auf die Anwesenheit sämtlicher Minister besonderer Wert gelegt wird, ehe endgültige Entscheidungen getroffen werden. Die Mitglieder der Reichsregierung werden voraussichtlich im Laufe des heutigen Tages alle in Berlin eintreffen. Der Reichsfinanzminister Herr hat bereits an der gestrigen Sitzung des Kabinetts teilgenommen, der Reichswehrminister Gessler wird erwartet. Die Reichsregierung wird in ruhiger Entschlossenheit die Interessen und Rechte des Reiches zu wahren wissen. An der Reichshoheit der bayerischen Verordnungen wird, wie es heißt, ein Zweifel nicht gezeugt. Die Verordnungen kann nach Artikel 18 der Reichsverfassung von dem Reichspräsidenten oder vom Reichstag aufgehoben werden.

Der achte Reichstagsauschuß, der schon Reichstagsauschuß, der den Reichstag während der Ferien vertritt, wird heute nachmittags zu einer Sitzung zusammenzutreten. Auf der Tagesordnung steht laut „Vorwärts“ die Besoldungsordnung. Es sei jedoch zu erwarten, daß auch die durch den bayerischen Vorstoß geschaffene politische Lage besprochen werden wird, insbesondere im Hinblick auf den mehrfach diskutierten Plan, den Reichstag einzuberufen, damit dieser die Reichsungleichheit der bayerischen Verordnungen ausprechen kann.

Der Münchner Stadtrat gegen die Haltung der Regierung.

Der Münchner Stadtrat nahm einen Dringlichkeitsantrag der Demokraten, Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialisten an, in dem die Stellungnahme der bayerischen Regierung gegenüber den vom Reichstag und Reichsrat beschlossenen Gesetzen zum Schutze der Republik beantragt und verurteilt wird.

Dem „Vorwärts“ zufolge legte aus Bayern seit Sonntag eine förmliche Furcht der Freunde ein, die sich im Laufe des Montagabend noch verstärkte. Sommergäste, die sich für August anboten, ziehen ihre Befehls telegraphisch zurück.

Die Londoner Konferenz.

Einige Pariser Morgenblätter veröffentlichten ein Telegramm aus London, wonach Lloyd George im Kabinettsrat am Montag bei einer Besprechung der bevorstehenden Beratungen mit Poincaré erklärt habe, daß der bisherige italienische Minister des Aeußern Schanzer ihn darum ersucht habe, die Zusammenkunft zu verschleppen, bis das italienische Ministerium gebildet sei und sein Nachfolger ihr beizubehalten könne. Der englische Ministerpräsident habe die Berechtigung der italienischen Forderung anerkannt, und das Kabinettsrat habe beschlossen, Poincaré erst nach der Bil-

bung des italienischen Ministeriums eine Antwort zukommen zu lassen.

Der Londoner Berichterstatter des „New York Herald“ schreibt im Hinblick auf die bevorstehende Reparationskonferenz in London: Das englische Auswärtige Amt begrüßt Poincarés erstlichen Wunsch, positive Vorschläge für den europäischen Wiederaufbau zu machen. Es werde angegeben, daß diese Vorschläge vielleicht sehr weit von dem entfernt seien, was England annehmen könne. Aber da jetzt die französische Willensfestigkeit gegenüber jeder Forderung der wirtschaftlichen Teile des Friedensvertrags aufgegeben sei, vertraue Downing Street darauf, daß sich eine Verständigung erreichen lasse. Unter den Bedingungen, von denen englischerseits die Verwirklichung der bekannten Pläne über eine Lösung der Reparationsfrage abhängig gemacht werden soll, nennt das Blatt die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund unter von Deutschland selbst gestellten Bedingungen, also auch die Anforderung zum Eintritt in den Völkerbundsrat. Die englische Politik sei unverändert dieselbe. Obgleich für Frankreich und Deutschland länder nicht in Betracht, wenn Frankreich sich nicht bemühe, seine auswärtige Politik mit dem Verständnis Englands in Einklang zu bringen, den Handel wieder aufleben und die politische Stabilität wiederherstellen zu lassen.

Der Bericht des Garantiekomitees.

Journal des Debats teilt mit, daß das Garantiekomitee erst gestern Abend in der Lage gewesen sei, den ersten Teil seines Berichtes, der sich auf die Kontrollmaßnahmen beziehe, zu übergeben. Entgegen der ursprünglichen Absicht der Kommission, noch vor den Besprechungen Poincarés und Lloyd Georges ein vorläufiges Urteil abzugeben, scheint sie jetzt die Ergebnisse der Londoner Besprechungen abwarten zu wollen. In englischen Kreisen sei man der Ansicht, daß die Frage zuerst von den Regierungen geprüft werden müsse. Von dieser Auffassung sei man in französischen Kreisen nicht sehr weit entfernt.

Verteilung der Deutschnationalen.

Aus Berlin wird gemeldet: Die deutsche nationale Reichstagsfraktion hat der „Deutschen Tageszeitung“ zufolge eine Erklärung an den Reichstagspräsidenten Voche gerichtet, in der sie gegen die Annahme des Memorandums des Garantiekomitees durch die Reichsregierung scharfsten Einspruch erhebt und bewirkt, daß die Reichsregierung die Zustimmung des Reichstages zu diesem Schritt, der wichtige souveräne Rechte preisgibt, nicht eingeholt habe. Die deutsch-nationale Fraktion verlangt angesichts dieser Sachlage die sofortige Einberufung des Reichstages.

Die Frage der alliierten Schulden.

Wie Savas aus Washington meldet, ist man in amtlichen Kreisen der Ansicht, daß es zwar keinem Lande gegenwärtig leicht falle, die Zinsen seiner Schuld zu zahlen, daß es aber Frankreich doch möglich sein werde, Mittel zu finden, um mit seinen Zahlungen zu beginnen. Was die Frage der Amalgamierung der interalliierten Schulden anbetreffe, so weiche der amerikanische Standpunkt von dem der anderen Nationen, die alle den Vereinigten Staaten schuldeten, ab, da sie selbst nichts zu zahlen hätten.

Der amerikanische Schatzsekretär Mellon teilte mit, daß die Schuldenkommission für nächsten Donnerstag zusammenberufen sei, und daß der französische Unterhändler Barmentier der Sitzung beiwohne. — Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, es sei jetzt festgestellt, daß die in der amerikanischen Presse veröffentlichten Nachrichten, nach denen Großbritannien beschlossene haben soll, Frankreichs Schulden an England zu annullieren, und auf den britischen Anteil an den Reparationszahlungen zu verzichten, nicht von London, sondern von Paris ausgegangen sei. Französische Anhänger dieses Planes hätten es so eingerichtet, daß diese Nachricht mit dem Besuch Barmentiers in den Vereinigten Staaten, der über die französischen Schulden an Amerika verhandelt, zusammenfiel.

Branting über Poincarés Haltung.

Nach einem Bericht des Pariser Korrespondenten des „Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning“ äußerte Branting in einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Öre Noupelle“, daß Ebert und Wirth ihn bitten, seinen Einfluß bei der französischen Regierung dahin geltend zu machen, daß sie für Deutschlands Zahlungsunfähigkeit Verständnis zeigten. Branting lächelte dazu. Poincaré besitze eine genaue Kenntnis der deutschen Zustände. Er zweifle nicht an dem guten Willen der deutschen Regierung, aber er beschuldige sie einer zu großen Schwäche gegenüber der Welt. Er wisse genau, daß er alles tun müsse, um die Liberalen und friedlichen Elemente Deutschlands zu stützen, aber wie solle er auf die Okkupation verzichten, wenn die deutsche Regierung sich so schwach zeige? — „Alfonsbladet“, „Stockholms Tidningsblad“ und „Svenska Tidningsbladet“ greifen Branting wegen dieser unverkennbar parteiischen für die französische Politik an, insbesondere soweit sie die Okkupationsfrage betrifft.

Das Programm für die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Die deutsch-polnischen Vorbereitungen in Warschau haben am 20. Juli d. J. zur Unterzeichnung eines Protokolls geführt, das folgenden Inhalt hat:

1. Deutschland und Polen haben sich über ein Programm für die bevorstehenden deutsch-polnischen Verhandlungen geeinigt. Aus den 25 Punkten dieses Programms seien hervorgehoben die Frage der Liquidation deutschen Eigentums in Polen, die Fragen, die sich aus Artikel 256 des Friedensvertrages (Uebergang des deutschen Staatseigentums an Polen) ergeben und unter die besonders auch die durch das polnische Vorgehen gegen die Ansiedler entstandenen Fragen fallen; zahlreiche Abrechnungsangelegenheiten und Entschädigungsansprüche an Deutschland und umgekehrt, Wirtschaftsabkommen, Liquidation des polnischen Moratoriums und Regelung der aus dem polnischen Valutagesetz vom 20. November 1919 sich ergebenden Fragen, Regelung der Militär- und Zivilpensionen und zahlreiche andere Fragen.

2. Bezüglich der Ausfuhr wird Deutschland künftig Polen ebenso behandeln wie andere Länder und auch die Preise für die nach Polen auszuführenden Waren nach denselben Regeln fixieren, die anderen Ländern mit niedrigem Wechselkurs gegenüber angewandt werden. Die Wirtschaftskommission, die bei den Verhandlungen gebildet werden wird, wird die Einzelheiten festlegen.

3. Deutschland wird davon absehen, von den Polen, die es gemäß dem Wiesbadener Abkommen vom 3. Juni 1921 an Polen liefert, diejenigen Werke zurückzubehalten, die Polen den aus Polen abwandernden Östanten abgenommen hat. Dafür wird die Frage, ob Polen ein Recht hatte, die Östanten-Werke zurückzubehalten, bei den deutsch-polnischen Verhandlungen von der juristischen Kommission entschieden werden, und zwar mit rückwirkender Kraft.

4. Polen erklärt sich bereit, die Durchfuhr deutscher Waren nach Rußland und der Ukraine durch sein Gebiet zu gestatten; die Einzelheiten werden von der Wirtschaftskommission bei den deutsch-polnischen Verhandlungen festgelegt.

5. Polen wird unverzüglich Maßnahmen ergreifen, um das Bromberger Abkommen vom 2. November 1920, auf

Grund dessen Polen eine Anzahl Schiffe an Deutschland zurückzugeben und bestimmte Zahlungen zu leisten hatte, erfüllt durchzuführen.

Endlich ist auch ein Abkommen für die deutsch-polnischen Verhandlungen vereinbart worden, wonach zunächst sechs Kommissionen gebildet werden sollen. Die Verhandlungen werden am 1. September in Dresden beginnen.

Der Völkerbundsrat

hat Montag seine Londoner Tagung geschlossen. In der Nachmittags-Sitzung teilte der Präsident mit, daß die Bedingungen der Mandate für Syrien und Palästina genehmigt worden sind, und daß die beiden Mandate automatisch in Kraft treten werden, sobald die französischen und die italienischen Regierungen ihm mitgeteilt haben würden, daß sie bezüglich gewisser Punkte des syrischen Mandats einig seien. Die Regelung der Frage der hellenischen Städte in Palästina ist einer Kommission übertragen worden, deren Zusammensetzung und Befugnisse vom Völkerbundsrat genehmigt werden müssen. Wilson betonte in seinem Schlußwort, daß bei den nichtöffentlichen Sitzungen des Rates keineswegs von einer Geheimdiplomatie die Rede sein könne. Balfour sprach die Hoffnung aus, daß die verschiedenen religiösen Gemeinschaften in Palästina in Eintracht miteinander leben würden. Bezüglich Palästinas als Heimstätte des jüdischen Volkes seien seine Ansichten unverändert geblieben. Die Interessen der arabischen und jüdischen Einwohner ständen zu einander durchaus nicht im Gegensatz.

Aufdeckung einer Geheimorganisation in Altona.

Wie der Polizeipräsident von Altona mitteilt, gelang der Altonaer Polizei vor etwa 14 Tagen die Aufdeckung einer nationalsozialistischen Geheimorganisation. Bis jetzt sind zwei Personen verhaftet worden. Die Akten sind durch den Oberstaatsanwalt in Altona bereits dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik übergeben worden. Den Beamten der Altonaer Fremdenpolizei war aufgefallen, daß außerordentlich viele frühere russische Offiziere nach Altona kamen, um im Hafen Arbeit zu nehmen. Sie gaben an, auf Veranlassung eines Mittelmehlers nach Altona gekommen zu sein. Die Russen sind inzwischen ausgewiesen worden. Mittelmehler war im Baltikum Adjutant des Fürsten Kwaloff-Bermont, mit dem er freundschaftliche Beziehungen unterhält. Er entsprach mit der Unterbringung der Russen in hiesigen Arbeitsstellen einem Wunsche des Fürsten. Neben unterhält und leitet eine Geheimorganisation namens „Rückende Hand“, die aus früheren Angehörigen seines Freikorps besteht. Der Polizeibericht veröffentlicht die Statuten dieses Vereins, in denen u. a. gesagt ist, es sei die Hauptaufgabe des Vereins, die deutsche Republik zu stützen und eine Monarchie zu errichten. Neben war am Kap-Busch aktiv beteiligt und gehörte dann der Brigade Ehrhardt an. Er entfloh nach Ungarn, kehrte nach der Amnestierung zurück und war dann zunächst in der Orgesch, hierauf im oberösterreichischen Grenzschutz tätig.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die neuen Lohnforderungen der Bergarbeiter. Nach dem „Berliner Tageblatt“ beantragten die Vertreter der Bergarbeiterverbände in den gestrigen vormittag in Berlin begonnenen Lohnverhandlungen in der Arbeitsgemeinschaft für den Ruhrbergbau eine weitere Steigerung der Bergarbeiterlöhne um durchschnittlich 80 Mark pro Schicht. Falls die neuen Lohnforderungen in vollem Umfang erfüllt würden, würde dies eine Erhöhung der Kohlenpreise um etwa 400 Mark pro Tonne zur Folge haben.

Der Prozeß des Kaisers gegen das Wismar-Drama. Vor der Ferienkammer des Berliner Landgerichts III begann gestern die Verhandlung der Klage des ehemaligen Kaisers Wilhelm II. und der Frau von Büttcher, der Gattin des früheren Staatsministers, gegen Emil Ludwig, den Verfasser des vielumstrittenen Wismar-Dramas. Bei dem Prozeß handelt es sich um die Entscheidung der grundsätzlichen Frage, ob es einem Künstler erlaubt ist, noch lebende Personen auf der Bühne als handelnde Personen in historischer oder frei erfundener Darstellung auftreten zu lassen und kritisch zu charakterisieren. Emil Ludwig erklärte sich bei einem Vergleichsvorschlag bereit, die Aufführung des Dramas bis Ablauf der Lebensdauer der handelnden Personen aufzuheben, will aber auf die Buchveräußerung nicht verzichten. Die Vertreter der klagenden Parteien können hierauf nicht eingehen.

Ein Abkommen zur Regelung des Luftverkehrs zwischen Holland und Deutschland ist unterzeichnet worden. Das Gesetz über die Zwangsanleihe veröffentlicht. Der Reichsanzeiger veröffentlichte gestern das Gesetz über die Zwangsanleihe vom 20. Juli 1922.

Ein Rathenau-Plan in Frankfurt a. M. Nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ beschloß der Magistrat der Stadt Frankfurt, den Theaterplatz von jetzt ab Rathenau-platz zu benennen.

Bei der Verurteilung der Mörder Dr. Rathenau auf dem Friedhof des Dorfes Saalec lebte es laut „Berliner Lokalanzeiger“ der zukünftige Totengräber ab, daß Grab auszuheben. Die dadurch entstandene Verlegenheit wurde erst beseitigt, als Studenten, die aus Leipzig, Jena und Halle erschienen waren, sich daran machten, das Grab auszuheben. Schließlich wurde das Grab von einem Arbeiter aus Saalec, der sich noch im letzten Augenblick zur Verfügung stellte, fertig ausgehoben.

Die „Höckersteuer“. Die sogenannte „Höckersteuer“ hat es auch verschiedenen geldbedürftigen Gemeinden Weichens angetan. Auch sie beabsichtigen ihre Einführung. In einer gemeinsamen Verfügung betonen indes, wie dem „Berl. Lok.-Anz.“ von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, der preussische Minister des Innern und der Finanzminister, daß eine solche Steuer nur für Fälle in Betracht kommen kann, in denen es sich um eine erlaubte Ueberschreitung der Volkseinkunde handelt. Handelt es sich dabei um veranlagungssteuerpflichtige Einkünfte, so läßt sich der Bedanke der Nachsteuer durch Erhöhung der Vermögenssteuer durchführen. Kommt jedoch ein Verweilen von Wästen über die Volkseinkunde hinaus in Frage, so empfiehlt sich nach der ministeriellen Auffassung eine besondere indirekte Steuer etwa in der Form, daß die Wäste beim Wirtschaftsinhaber für je eine Stunde des längeren Verweilens Steuermarken zu lösen haben, die der Wirtschaftsinhaber von der Gemeinde gegen Verzinsung des Steuerwertes vorher zu beziehen hat.

Graf Brockdorff-Ranzau russischer Botschafter. Wie die L.-N. zuverlässig erzählt, steht die Ernennung des Grafen Brockdorff-Ranzau zum Botschafter in Moskau bevor.

Die Arbeitszeit der Eisenbahner. Von unterrichteter Seite wird der L.-N. mitgeteilt, daß Vereinbarungen über die Arbeitszeit der Eisenbahner Gegenstand einer Besprechung der Eisenbahnorganisationen war. Eine vorgelegte Erklärung des Deutschen Eisenbahnerverbandes konnte aber nicht zur Annahme gelangen, weil die Vertreter der Reichsgemeinschaft erklärten, sie seien nicht in der Lage, eine verbindende Erklärung abzugeben, solange ihr erweiterter Vorstand nicht Stellung genommen habe.

Der Dollarkurs. In der Berliner Börse wurde der Dollar am Dienstag vormittag bei etwas festerer Tendenz mit 506 notiert, die Brauer Krone wurde mit 1100 genannt.

Republik Österreich.

Monarchistische Propaganda. Die Parlamentarische Korrespondenz berichtet über eine Wiener legitime Geheimorganisation, welche frühere Offiziere und Mitglieder der Aristokratie unter dem Protektorat einer territorialen kirchlichen Persönlichkeit angegliedert seien. Die gestrigen Wiener Abendblätter brüden die Vermutung aus, daß dies der realere Fort zu Wienstein sei. Außerdem veröffentlicht das Brauer Blatt „Nube Bravo“ Nachrichten über eine monarchistische Propaganda in Tschechien, wo eine Filiale der Wiener Zentrale bestehen soll.

Für die neuangeordnete Notendruck ist nach dem Statutentwurf ein Aktienkapital von 100 Millionen Francs, eingezahlt in Gold und Devisen, vorgesehen.

Bulgarien.

Verkaufung der Adosatur. Die Regierung arbeitete einen Verkaufsentwurf aus, durch den die Adosatur in Bulgarien verstaatlicht wird.

Italien.

Kämpfe zwischen Sozialisten und Faschisten. Am vergangenen Sonntag kam es in Magenta zu Kämpfen zwischen Sozialisten und Faschisten, wobei das dortige Arbeiterheim zerstört wurde. In Vifa wurde das kommunistische Vereinshaus in Brand gesteckt.

Vertikales und Sächsisches.

Mela, den 26. Juli 1922.

— Die Maßnahmen zur Verhütung von Ausschreitungen. Der Vorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller trat in Dresden zu einer Beratung zusammen, um zu den Ausschreitungen Stellung zu nehmen, welche anlässlich der Demonstrationen am 27. Juni und 4. Juli dieses Jahres gegen eine große Zahl von Arbeitgebern und Leitern von Fabriken in Sachsen vorgenommen sind. Es lagen der Versammlung der Industriellen bereits Berichte über mehr als 30 solcher Fälle von Ausschreitungen vor; doch wurde mitgeteilt, daß diese leider noch nicht alle Vorkommnisse umfassen. Es wurde beschlossen, der sächsischen Regierung durch persönliche Vorstellungen bei den in Betracht kommenden Ministern das Material bekannt zu geben und zu fragen, welche Vorkehrungen die sächsische Regierung zu treffen gedenkt, um zu verhindern, daß derartige Ausschreitungen, die sich in Sachsen bemerkenswerter Weise ganz besonders gegen die Unternehmlichkeit richten, sich wiederholen. Leider haben nach Feststellungen des Vorstandes des Verbandes Sächsischer Industrieller die Ausschreitungen in erheblichem Maße Nachteile für die Produktion bereits zur Folge gehabt und werden wahrscheinlich in Zukunft noch weiterhin eintreten, indem Kredit gekündigt oder wesentlich eingeschränkt worden sind. — Gemäß dem Beschlusse des Vorstandes des Verbandes Sächsischer Industrieller ist inzwischen eine Abordnung des Verbandes bei dem sächsischen Wirtschaftsminister persönlich vorstellig geworden, um an Hand des dem Vorstand vorliegenden Materials nachzuweisen, daß die Verhältnisse in Sachsen sich hinsichtlich der Unsicherheit der Produktion in bedrohlicher Weise entwickelt haben und wirtschaftliche Nachteile, die auch die Arbeiterschaft recht fühlbar treffen werden, bereits eingetreten oder noch zu erwarten sind. Die Unterredung, der später auch der unabhängige Minister des Innern, Wipolitz, beiwohnte, dauerte mehrere Stunden. Beide Minister beurteilten die Ausschreitungen als schärfste und erklärten, in Besprechungen mit dem Kabinett über Maßnahmen eintreten zu wollen, sobald das vom Verband Sächsischer Industrieller gesammelte Material vollständig vorliege. Eine entsprechende Eingabe wurde vom genannten Verband an das sächsische Ministerium des Innern abgegeben.

— Reichsverband des deutschen Tischlergewerbes. In Dresden wurde dieser Tage die Errichtung eines Reichsverbandes des deutschen Tischlergewerbes mit dem Sitz in Dresden beschlossen. Zum vorläufigen Vorsitzenden wurde Obermeister Heinz-Dresden gewählt. Der neue Verband, der bereits etwa 30 000 Tischlermeister vertritt, stellt die Gesamtinteressen des Tischlergewerbes gegenüber den Behörden und der Öffentlichkeit vertreten und die einzelnen Fachverbände fördern und unterstützen. Der Verband hat sich dem Reichsverband des deutschen Handwerks korporativ angeschlossen.

— Reiseverkehr in den D-Bügen. In den D-Bügen dürfen Blöße, die sich Reisende durch Entnahme von Blattpartien im Voraus gesichert haben, durch andere Reisende nicht belegt werden. Solche Blöße sind an den am Eingange der Abteile der D-Bügen befindlichen Nummertafeln als „belegt“ gekennzeichnet. Reisende, die einen fälschlicherweise eingenommenen Platz dem Blattpartieninhaber nicht freigeben, würden sich Verhaftung wegen Bahnpolizeiübertretung ausziehen.

— Neues Hartgeld. Seit langem sind im Reichsfinanzministerium Vorbereitungen zur Ausprägung neuer Hartgeldmünzen im Gange. Jetzt haben sich die Vorbereitungen des Reichsfinanzministeriums zu bestimmten Vorschlägen verdichtet. Es sollen zunächst je 200 Millionen Ein- und Zweimarkstücke, 150 Millionen Dreimarkstücke und 160 Millionen Fünfmarmstücke, im ganzen also 710 Millionen neuer Münzen geprägt werden. Als Münzmetall ist für die neuen Einmarkstücke eine Legierung von Aluminium und etwa 0,5 Prozent Kupfer vorgesehen. Für die Zwei-, Drei- und Fünfmarmstücke ist Aluminium mit einem 0,8 Millimeter starken Kupferkern in Aussicht genommen. Zur Steigerung des Härtegrades wird auch bei den Zwei-, Drei- und Fünfmarmstücken dem Aluminium etwa 0,5 Prozent Kupfer hinzugefügt. Das Einmarmstück wird im gerippten Ringe geprägt, die Zwei-, Drei- und Fünfmarmstücke mit einem glatten Rande und der vertieften Inschrift „Deutsches Reich, Zwei Mark“. Die Schriftzüge tragen bei allen der Münzsorten innerhalb des aus einem flachen Stücken mit Vertiefung bestehenden erhabenen Randes in lateinischen Buchstaben die Umschrift „Deutsches Reich“. Bei dem Fünfmarmstück stehen in wogerechter Linie auf einem unten durch eine Linie abgegrenzten glatten Felde die Worte: „Fünf Mark“. Bei den Ein-, Zwei- und Dreimarmstücken wird im Interesse einer erleichterten Unterscheidung die Wertbezeichnung durch Zahlen ausgedrückt. Die Schauseite zeigt den fliegenden Reichsadler mit geschlossenem Gefieder und nach rechts gewendetem Kopfe. Der Durchmesser der Münzen soll für das Einmarmstück 26,5 Millimeter, für das Zweimarmstück 28 Millimeter, für das Dreimarmstück 30,5 Millimeter und für das Fünfmarmstück 33 Millimeter betragen. Die Stärken der Münzplättchen betragen für das Einmarmstück 1,2 Millimeter, für das Zweimarmstück 1,4 Millimeter, für das Dreimarmstück 2 Millimeter und für das Fünfmarmstück 1,6 Millimeter.

— Die Knappheit an größeren Geldscheinen. Der Vorstand der Ortsgruppe Leipzig des Verbandes Sächsischer Industrieller beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der zur Zeit bestehenden Knappheit an größeren Geldscheinen, die für das Wirtschaftsleben, insbesondere von der Industrie und dem Handel für Lohn- und Gehaltsauszahlungen dringend benötigt werden, und beschloß eine diesbezügliche Eingabe, in welcher die Abstellung dieses Uebelstandes gefordert wird, an das Reichsbankdirektorium, Berlin zu richten. In einem Antwortschreiben führt die Reichsbank aus, daß sie bemüht ist, die Verteilung der großen Banknotenabschnitte nach Möglichkeit zu steigern, daß jedoch infolge der schnellen Geldverwertung die Leistung des Druckbetriebes mit dem erhöhten Bedarf nicht immer gleichen Schritt halten kann. Seit 1. Oktober vorliegen

Janres und am 21. wurden an 1000 Marknoten dem Verkehr zugeführt. Seit Anfang Juni werden in von Woche zu Woche steigendem Umlaufe 10 000 Mark ausgegeben, wodurch eine Entlastung des Zahlungsmittelverkehrs und ein Anrückströmen von benötigten Mitteln zu 1000 Mark in die Kassen der Reichsbank erhofft wird. Der Berliner Buchdruckerstreik, der den Betrieb der Reichsbank für 1 1/2 Wochen lähmte, hat die Durchführung des Programms der Reichsbank um Wochen verzögert. Es ist ferner geplant, Banknoten im Betrage von 500 Mark, die besonders im Interesse der Industrie für Lohnzwecke dienen sollen, anzufertigen. Mit ihrer Ausgabe hofft die Reichsbank in etwa 8 Wochen beginnen zu können.

— Von der Bergakademie Freiberg. Der Rektor der Freiberg Bergakademie, Professor Dr. Frische, überfand der Breite folgenden Beschluss der Vollversammlung der Bergakademie Freiberg: Die Bergakademie Freiberg steht mit allen ihren Mitgliedern — Lehrkörper und Studentenschaft, Beamten, Angestellten und Arbeitern — fest auf dem Boden der Verfassung der deutschen Republik vom 11. August 1919. Sie hält ein einmütiges und ehrliches Bekenntnis aller Volksteile zu diesem Standpunkt für erforderlich und erblickt darin eine Grundbedingung für den Wiederaufbau des Reiches. Sie erteilt mit dieser Erklärung zugleich ein für allemal die Antwort auf die zahlreichen, haltlosen Verhöhnungen, denen die Verfassungskämpfer ihrer Angehörigen, insbesondere in jüngster Zeit, ausgesetzt gewesen ist.

— Ein Verfahren gegen die sächsische Kommunistische Fraktion? Die Bezirksleitung Westsachsen der Kommunistischen Partei stellt in einer Entschließung fest, daß die Zustimmung der kommunistischen Landtagsfraktion zum Etat gegen den Beschluss des Landesvorstands mit der Fraktion erfolgte, der die Bewilligung des Etats von der Verabschiedung des Amnestiegesetzes abhängig machte. Da dies nicht geschehen sei, stelle die Zustimmung zum Etat einen schweren politischen Fehler und Disziplinbruch dar. Die Bezirksleitung Westsachsen spricht die Erwartung aus, daß die Zentrale der Partei die notwendigen Maßnahmen gegen die Fraktion einleite.

— Der Landesverein Sächsischer Heimat- und Naturfreunde. Der Landesverein Sächsischer Heimat- und Naturfreunde hat 20 000 Mitglieder aufgenommen und dadurch eine Entwicklung erreicht, die auf dem Gebiete ideal wirkender Vereine in ganz Deutschland einstudierte ist. Noch am 1. Januar dieses Jahres betrug die Mitgliederzahl 12 500, in noch nicht einmal 6 Monaten ist sie auf 20 000 gestiegen. Der Verein hofft, mit dieser großen Zahl an Mitgliedern sein Bestehen weiter ermöglichen und vor allem weiter seine Veröffentlichungen herausgeben zu können.

— Neue eiserne D-Buswagen. Unter den Fahrzeugen, die fortwährend bei der Reichsbahn aus den verschiedenen Fabriken zurzeit zur Ablieferung kommen, fallen außer den neuen vierten Klassen die neuen eisernen D-Buswagen bei aller Einfachheit durch ihre gezielte Ausgestaltung und gefällige Neuere auf. Die Wagen sind, im Gegensatz zu den früheren D-Buswagen, vollständig in Eisenkonstruktion ausgeführt, wodurch sie eine größere Stabilität als solche in der bisherigen Holzausführung besitzen. Auch bieten sie bei etwaigen Unfällen eine größere Sicherheit für die Reisenden. Durch Ausrüstung mit elektrischer Beleuchtung ist die Gasbeleuchtung in Wegfall gekommen. Ebenso ist durch Einbau von kräftigen Heizkörpern, die an die Niederdruckheizung angeschlossen sind, für eine intensive Durchwärmung der Abteile bei kalter Witterung Sorge getragen. Die geräumigen Abteile der dritten Klasse fassen bequem 68 Personen.

— Unzulässigkeit tariflicher Regelung des Lehrlingswesens. Nach äußerst schwierigen und langwierigen Verhandlungen ist es dem Bezirksausschuss für Handwerk und Gewerbe in Döbeln in Sachsen gelungen, in der wichtigen Frage, ob die Entschädigung der Handwerkslehrlinge durch Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses im Tarif geregelt werden kann, eine Entscheidung zugunsten des Handwerks herbeizuführen. Der Deutsche Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Döbeln, war an den vorigen Bezirksausschuss für Handwerk und Gewerbe mit dem Ersuchen herangetreten, ein Abkommen zwecks Regelung der Lohnsätze für die Lehrlinge mehrerer Gewerbe zu treffen. Die aufgestellten Forderungen beliefen sich auf 125 bis 300 Mark für die Woche und zwar steigend von Halbjahr zu Halbjahr um je 25 Mark. Der Bezirksausschuss für Handwerk und Gewerbe lehnte eine Regelung von Organisation zu Organisation mit der Begründung ab, daß die Festlegung der Lehrlingslöhne Angelegenheit der betreffenden Innungen sei, die bereits auf Anregung des Bezirksausschusses hin eine der Zeit entsprechende Erhöhung der Sätze vorgenommen hätten. Damit gab sich jedoch der Arbeiterverband nicht zufrieden, sondern erhob gegen den Bezirksausschuss für Handwerk und Gewerbe Beschwerde beim zuständigen Schlichtungsausschuss Chemnitz. In der Verhandlung nahm der Vertreter des Bezirksausschusses entschieden die Stellung der Spitzenorganisationen des Handwerks und Gewerbes ein und behandelte an der Hand der vorliegenden gerichtlichen Entscheidungen, vor allen Dingen des erst kürzlich gefällten Urteils des Landgerichts Frankfurt a. M., in ausführlicher Weise die ganze Materie. Ein Vergleich, der von dem Vorsitzenden gemäß der Ver-

ordnung vorgeeinlagen wurde, wurde abgelehnt. Darauf folgte der Schlichtungsausschuss folgenden bemerkenswerten Schiedspruch: Dem Arbeitgeberverband, Fachgruppe Metallindustrie, Döbeln, einerseits und dem Deutschen Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Döbeln, andererseits wird die Verpflichtung auferlegt, überallhin in Verhandlungen miteinander einzutreten, über ein außerhalb des Tarifvertrages abzuschließendes Abkommen über die Lehrlingsentschädigung. Für dieses Abkommen werden vom Schlichtungsausschuss folgende Grundzüge empfohlen: 1. Rückwirkend soll ausgeschlossen sein. 2. Die Lehrlingsentschädigung soll sich den jeweils erzielten Arbeiterlöhnen anpassen dergestalt, daß sie bestimmte Bruchteile des Arbeitslohnes eines gelehrten, verheirateten männlichen Arbeiters über 24 Jahre beträgt. 3. Dabei kommen für das erste, nach Auflassung des Schlichtungsausschusses, etwa folgende Bemerkungen für die Stunde in Frage: für das 1. Lehrjahr ein Fünftel, für das 2. Lehrjahr ein Viertel, für das 3. Lehrjahr ein Fünftel, für das 4. Lehrjahr ein Viertel des ermittelten Lohnsatzes. Bezüglich der dem Bezirksausschuss für das Handwerk und Gewerbe in der Unterausschussmannschaft Döbeln angehörenden handwerksmäßigen Betriebe ist der Schlichtungsausschuss nach der Darstellung in Literatur und Rechtsprechung herrschenden Meinung nicht in der Lage, Lehrlingslöhne festzusetzen.

— Mitteilungen und Absenderangabe auf Postkarten. Bei Postkarten und Drucksachen in Kartenform, deren Vorderseite nicht für Mitteilungen, sondern nur für die Anschrift verwendet wird, soll es künftig im Inlandsverkehr nicht mehr beanstandet werden, wenn sie am Kopf der Vorderseite stehende Absenderangabe auf die rechte Seite der Vorderseite überträgt. Es macht dabei keinen Unterschied, ob auf der Karte ein Teilungsstrich angebracht ist oder nicht. Ferner soll — so teilen die Verkehrsbehörden (Berlin) mit — um den Verbrauch von Postkarten, die den Bestimmungen nicht entsprechen, zu ermöglichen, bis auf weiteres auch bei Postkarten und Drucksachen in Kartenform mit geteilter Aufschriftseite, deren linke Hälfte für Mitteilungen verwendet ist, über das Übertragen der Absenderangaben auf die rechte Hälfte der Vorderseite hinweggesehen werden. Es ist jedoch davor zu warnen, beim Neubruck von Karten mit geteilter Vorderseite die Absenderangabe mit auf die rechte Hälfte setzen zu lassen, weil so beschaffene Karten keinen genügenden Raum zur Anbringung der Stempelabdrücke und der postämterlichen Vermerke bieten, wenn die Karten nach oder zurückgeliefert werden müssen. Diese Erleichterungen gelten nicht für den Verkehr mit dem Ausland, weil die Bestimmungen des Postpostvertrages entgegenstehen.

— Dresden. In der Geschäftsstelle des deutschösterreichischen Schuh- und Truhnbundes und der „Sächsischen Landeszeitung“ in Dresden nahmen, wie der „Sächs. Volksdienst“ meldet, am Freitag sieben Polizeibeamte eine eingehende Haus-suchung vor. Die Korrespondenz des deutschösterreichischen Schuh- und Truhnbundes wurde beschlagnahmt und mitgenommen. Zwei zufällig im Geschäftszimmer anwesende Vorstandsmitglieder des deutschösterreichischen Bundes wurden verhaftet, nach kurzer Zeit aber wieder in Freiheit gesetzt. Der deutschösterreichische Schuh- und Truhnbund hat gegen die erfolgte Anklage des Bundes Beschwerde bei der zuständigen Behörde eingelegt. — Wie verlautet, soll dem Polizeipräsidenten Dr. Grille, der bekanntlich von seinem Posten abberufen worden ist, die Stelle eines Oberverwaltungsgerichtsrates übertragen werden. Der Dresdener Polizeipräsident und die Oberverwaltungsgerichtsräte befinden sich in derselben Gehaltsklasse.

— Dresden. Der Maschinenfabrikant Richard Janisch wurde vom Landgericht zu 100 000 M. Geldstrafe verurteilt, weil er einen Mieter, dem das Gericht eine Wohnung in seinem Hause zugewiesen hatte, aus dem Hause zu entfernen versuchte. Er drang in der Nacht in die Wohnung seines Mieters ein, so daß dieser mit seinen Angehörigen in polizeiliches Schutz gebracht werden mußte. Das Gericht begründete die hohe Geldstrafe damit, daß hier ein Fall schwerster Nötigung vorliege.

— Dresden. Generaloberst v. Fisa wurde Dienstag mittag auf dem Neustädter Friedhof unter Umwühlung einer zahlreichen Trauerversammlung zur letzten Ruhe bestattet. General Graf Wittmann von Gschäft leitete im Namen des Königs, des Kronprinzen und des Prinzen Johann Georg Kränze am Sarge nieder. Die Gedächtnisrede hielt Geh. Konfistorialrat Dr. Friedrich. Darauf widmete der Vertreter des Sächsischen Militärvereinsbundes Anspitzer dem Verstorbenen als Präsidenten des Sächsischen Militärvereinsbundes und als Vorstandsmitglied des Ruffhäuserbundes einen warmherzigen Nachruf. Unter den Klängen des Paradenmarsches der Leibgrenadiere glitt der Sarg in die Erde hinab.

— Dippoldiswalde. Ein schwerer Raubüberfall ereignete sich am Freitag nachmittag in einem hiesigen Schuhgeschäft. Ein 28-29 Jahre alter kräftiger Mann betrat den Laden und verlangte ein Paar schwarze Herrenstiefel. Da er die passende Größe nicht erhielt, verlangte er ein Paar braune Stiefel, die er auch sofort anprob. Statt zu zahlen, sprang er plötzlich auf die Geschäftsinhaberin los, warf sie zu Boden und wirgte sie mit beiden Händen. Nachdem er von der Ueberfallenen erfahren hatte,

wo sich das Geld befindet, bedrohte er sie mit folgenden Worten: „Wenn Sie etwas sagen sollten oder der Polizei Anzeige erstatten, töte ich Sie. Sonst tue ich Ihnen nichts.“ Darauf plünderte er die Ladenkasse mit etwa 300-400 M. und verschwand. Trotz der sofort aufgenommenen Verfolgung gelang es dem Räuber, in Richtung Oberbärsfeld-Wendischborsdorf zu verschwinden.

— Bauen. Eine Protestversammlung gegen die Lebzigensteuer fand hier statt. Die kommunistische Partei war auf den Plan getreten und forderte alle Lebzigen auf, gegen die geplante Steuer härtesten Einspruch zu erheben.

— Werra. Die Stadtverordneten haben eine Satzung angenommen, wonach eine Anzahl Firmen bereit ist, Beiträge zur Bedienung der Wohnungsnot zu leisten. Einige Firmen haben ohne Rücksicht auf die Zahl der beschäftigten Arbeiter feste Beträge geschätzt, andere wollen für jeden Arbeiter und Angestellten ihrer in Werra gelegenen Fabriken 1000 M., 500 M. oder 300 M. zahlen. Die geschätzten Beträge sollen spätestens bis Ende 1922 an den Gemeinnützigen Bauverein gezahlt werden. Es sollen damit Kleinwohnungen gebaut, Wohnungen ausgebaut und Wohnungen durch Abfindung freigemacht werden. Mit dem Bau soll so schnell wie möglich begonnen werden.

— Grimnitzschau. Auf dem Nachbauwege vom Schützenfeld, der etwas spät angefahren worden war, hatte sich ein Handwerksmeister an der Straße niedergelegt und war eingeschlafen. Während des Schlummers ist ihm eine goldene Taschenuhr mit Kette im Werte von 4000 Mark gestohlen worden. Der Dieb ist jetzt in einem Wächter der Wach- und Schließgesellschaft ermittelt worden, bei dem die Uhr auch gefunden wurde.

— Bad Nauß. Dr. med. Ose suchte auf einem Berufswege in der Lauterbacher Straße mit seinem Motorrade umher, wobei er zwei schweren Gefährten hindurchkommen. Unversehens ist er dabei am Rande eines Baumganges hängen geblieben. Er stürzte, wurde unter den Wagen geschleudert und überfahren. Die erlittenen Verwundungen waren besorgniserregend, daß der Verunglückte sofort nach Leipzig gebracht und dort operiert wurde. Montag früh machte der Tod dem Leben des schaffensfrohen, tatkräftigen Mannes, der als tüchtiger Arzt allgemein geschätzt wurde, ein Ende.

— Reichenbach. Hier hat sich infolge des Antrags auf Befreiung von Denkmälern, die die drei linksstehenden Parteien in der letzten Stadtverordnetenversammlung an den Stadtrat richteten, der gesamten Einwohnerschaft eine tiefgehende Erregung bemächtigt, die den Bürgerausschuss zur Eingabe eines Protestschreibens an den Stadtrat veranlaßt hat, in dem das Folgende ausgeführt wird: „Alle vier genannten Denkmäler sind Stifnungen des öffentlichen Rechts, aufgebracht durch Sammlungen der gesamten Bürgerchaft, getragen durch ein Stifungskomitee zum Zweck des Schmuckes der Stadt. Der Stadtrat hat sich bei der Uebernahme der Denkmäler verpflichtet, die Denkmäler zu pflegen und zu erhalten.“

— Lauenburg. In der Nähe des Effigietags wurden am Montag früh mehrere Steine gegen einen vorüberfahrenden Schnellzug geworfen, wobei eine große Glastafel zertrümmert worden ist. Verletzt wurde glücklicherweise niemand. Offenbar kommen jugendliche Durchein als Täter in Frage.

— Delitzsch. In der letzten Stadtverordnetenversammlung beantragten die drei sozialdemokratischen Parteien, daß unter Bezugnahme auf die politischen Vorverhältnisse der letzten Zeit die städtischen Beamten, Angestellten und Lehrer, die einer monarchistisch-national gefärbten Organisation angehören oder monarchistische Bestrebungen irgendwie unterstützen, sofort ihres Amtes oder Dienstes entbunden werden sollten. Weiter wurde verlangt, daß Straßen und Plätze, deren Namen an frühere Herrscher oder an Feldherren oder an sonstige hervorragende Persönlichkeiten der früheren Regierungsform erinnern, umgetauft werden sollen. Endlich soll auch das Bismarck-Denkmal entfernt werden. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien widersprachen dem Antrage, der gegen drei Stimmen angenommen wurde. In die einsetzende Kommission wurde ein bürgerlicher Stadtverordneter gewählt, drei gehören den sozialdemokratischen Parteien an.

— Leipzig. Vom 1. Oktober d. J. ab ist der Lehrer Kurt Alwin Wehner in Leipzig zum Bezirkschulrat für den Schulaufsichtsbezirk Leipzig I ernannt worden.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 26. Juli 1922.

— Grohneuer in Leipzig-Plagwitz. Leipzig. In der chemischen Fabrik Dr. Heinrich König & Co., G. m. b. H. in Plagwitz brach heute früh ein Grohneuer aus. Eine große Menge Benzol und Chemikalien geriet in Brand. Sämtliche Leipziger Feuerwehrzüge mußten an die Brandstelle beordert werden. Ein großer Rauchschwaden zieht sich nach dem östlichen Stadteil von Stötteritz hin.

— Starkes Auftreten des Storbais. Berlin. Nach den Morgenblättern hat das Reichsgesundheitsamt wegen des häufigen Auftretens des Storbais einen Kreis von Sachverständigen zusammenberufen, um mit ihnen über die gegen diese bedrohliche Erscheinung zu

Die goldene Brücke.

Ein Roman aus der Weimarerzeit von Anny Wotje. Amerikanisches Copyright 1918 by Anny Wotje-Nahn, Leipzig.

48. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Es ist mir alles wie ein Traum, Geliebter. Unsere Glucke, von dem zufällig ausgetragenen Feuer unverhofft begünstigt, die fortgesetzte Angst während der langen, beschwerlichen Reise in der Postkutsche, daß man uns verfolgen würde, die schrecklichen Tage des Wartens in Triest, und dann endlich die besessene Nachricht, daß wir uns angehören dürften, die mich in den Himmel gehoben hätte, wenn sie nicht solch bitteres Weh im Geleite gehabt. Andreas tot! Noch immer kann ich es nicht fassen. Und daß Vater kein einziges gültiges Wort für uns hatte, keinen Segensspruch, der mit uns gegangen wäre in das neue Leben.“

Eberhard zog seine junge Frau innig an sich. Wie jetzt, wie zerbrechlich sie war. Sie durfte nicht ahnen, warum Andreas aus dem Leben ging. Eberhard, dem Andreas ein Freund geworden, wußte es, doch kein Dank davon sollte Dorotheas harte Seele trüben.

„Die Zeit wird kommen, Dorothea, tröstete er liebevoll, „wo dein Vater selbst zu uns reden wird, wo wir über Andreas frühes Scheiden hören werden und die Heimat uns näher gerückt ist, denn, mein geliebtes Weib, wenn meine Wünsche sich erfüllen, dann führe ich dich in zwei Jahren selbst deinem Vater wieder zu.“

„Das gebe Gott, Liebster. Und nun laß uns nach Nizza sehen. Die Gute hat schwer unter der Seerkrankheit zu leiden.“

Das junge Paar hies hinab in Nizzas Kabine, aber Nizza, die im Bett lag, winkte abwendend mit der Hand. „Mutter Nizza“, sagte Eberhard lächelnd, „nun hat bald alle Not ein Ende. Nur noch ein Weilschen und wir fahren in Piräus ein.“

„Die verdammte Schunkelrei“, höhnte Nizza, „bei alle, rappelige Wasser ist trabe wie verrückt. Na, es war einmal um mich wieder.“

Dorothea streichelte die feuchte Stirn der Alten.

„Aloß noch, wenn wir heimwärts fahren, Nizza. Eberhard hat es mir versprochen, daß wir in zwei Jahren für immer zurückkehren in das alte Nest.“

Nizza richtete sich im Bett auf und kredite dem jungen Paar ihre beiden frohigen Hände entgegen.

„Wenn ich det erlebe, will ich jerne sterben, Kinder. Dann klappe ich jern meine Dogen an. Jetzt will ich man versuchen, aufzubrechen, denn wenn die Rippelei endlich aufhört, kennen sie mir noch nicht bei Beistehende an Land dragen.“

Lächelnd zogen sich Eberhard und Dorothea zurück. „Die gute, treue Seele“, sagte Dorothea, „wird einen Schlag führen wir mit ihr in unser neues Heim.“

Arm in Arm schritten sie das Schiffsweg entlang. Mittschiffs kam ihnen ein junger Mann entgegen, ein junger Dichter, der die Ueberrfahrt mit ihnen machte, um die Stelle eines Erstehers beim russischen Gesandten in Athen anzutreten. Begleitet von Dorotheas Liebreiz war er einer ihrer eifrigsten Anhänger.

Eberhard sah lächelnd, wie er Dorothea huldigte, und er war stolz darauf, daß gerade dieser feinsinnige Jüngling die zarte Annut seines holden Weibes so hoch hielt und ihr seine Verehrung oft in Versen darbrachte. Damals ahnte Eberhard freilich nicht, daß dieser junge Deutsche später eine Verhältnisse werden würde.

„Ach, Herr Weibel“, hat Dorothea, „da drüben winkt uns schon Athen. Sie haben mir zwar versprochen, wenn Sie uns dort besuchen, Ihre Geige mitzubringen, aber es wäre zu schön, wenn Sie uns heute noch ein Weilschen spielen.“

Bereitwillig holte Emanuel Weibel seine Geige herbei. Mit einer stolzen Bewegung warf er sein langes Haar zurück, die Schwärmeraugen im Banne der leuchtenden Ferne, und der immer klarer das schimmernde Athen aufwuchs, begann er zu spielen.

Sich und weith, schmelzschwer klang die Geige. Eberhard und Dorothea lauschten still aneinander geschmiegt den haubertischen Klängen.

Ueber Athen im Goldglanz der untergehenden Sonne hob sich märchenhaft die Akropolis in goldgelbem Marmor empor, rings umher war eine heilige, große Stille. Nur das Plätschern der Wogen klang leise in das Spiel.

Jetzt löste sich aus den garten Phantasien des Spielenden eine Weise, wie der alternde Schlag eines Herzens.

Dorothea senkte tief das blonde Haupt. Erich gestern hatte ihr Emanuel Weibel die Verse dazu vererbt, die sie nun langsam zu der Musik in ihrem Herzen sprach:

„Durch Erd' und Himmel leise
Dinstalt eine Weise
Die sanftes Hasenweib'n,
Die jedem Dinge künbet,
Wozu es ward gegründet,
Wozu es soll vergeh'n.“

Sie spricht zum Adler: Dringe
Zur Sonne, bis die Schwingen
Dir trifft ein Wetterschlag,
Sprich zu den Wolken: Regnet
Und wenn die Flur gesegnet,
Jerrinnt am gold'nen Tag.

Sie spricht zum Schwan: Durchwaß
Die Flut, und dann mit Schalle
Ein selig Grab erwirb.
Sie spricht zur Feuernecke:
Im Duft glüh' auf und weisel
Zum Weibe: Lieb und Hirb!

„Lieb und Hirb“, wiederholte sie leise zu Eberhard, ganz verloren.

Er riß sie an sich. „Nein, leben sollst du, Dorothea, leben mit mir und für mich.“

„Das will ich auch, Geliebter. Sollte es indessen mein Schicksal sein, an dieser Liebe zu sterben, so bin ich doch reich gewesen und unendlich glücklich.“

Die Geige des Dichters, der die Wunderwelt der alten Götter grüßte, lang noch immer.

„Du bereuht nicht, Dorothea?“ fragte Eberhard wieder mit einer geheimen Angst in der Stimme.

Sie schüttelte lächelnd die blonden Locken.

Fortsetzung folgt.

